

Absage an den Rotstift

Doris Leuthards Rede an der GV in Zug



Freude herrscht auf dem Landsgemeindeplatz, bevor Doris Leuthard v/o Charis ihre Rede hält.

Doris Leuthard fordert vom Schw. StV mehr politisches Handeln und von der Schweiz mehr Visionen. Im weiteren sprach sich Leuthard gegen Bildungsabbau aus und forderte mehr selbstbewusstes Handeln.

«Ich danke dem StV und ganz besonders dem Altherrenbund. Ihr habt mich gestern als junge Bundesrätin zur Altdame gemacht», eröffnete Bundesrätin Doris Leuthard v/o Charis ihre Rede an der GV in Zug. In ihrer etwa 20-minütigen Rede forderte sie, die Probleme in gegenseitigem Respekt und in Konsensbereitschaft zu lösen. «Die Zeichen der Zeit verlangen ein rechtzeitiges Handeln, wenn wir unserem Land und seiner Bevölkerung Stabilität und Wohlstand erhalten wollen», fand Leuthard. Das müsse über neue eidgenössische Visionen erfolgen. Sie entwickelte die Vision einer Gesellschaft, in der Verantwortung übernehmen Lust und

keine Last bedeute. Konkret warb sie für ein Ja für die Osteuropamilliarde. Es lohne sich, fand sie und verwies auf die neuen Märkte im Osten. Weiter lohne sich auch eine echte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Aufruf: Staat mitprägen

Leuthard plädierte für «virtus, scientia, amicitia». Statt sich im gegenseitigen Kampf aufzureiben, sollten die Probleme in gegenseitigem Respekt und in Konsensbereitschaft gelöst werden. Heute stünden sich die politischen Pole festgefahren gegenüber. Die nötigen Reformen blieben liegen oder würden kurzfristigem Parteikalkül und anderen Interessen geopfert. In einem Nebensatz kritisierte sie indirekt den Bundesratsbeschluss, die Bildungs- und Forschungsausgaben nur um 4,5 Prozent zu erhöhen (siehe auch Resolution des StV-Rats auf Seite 28).



«Eine Erhöhung um 4,5 Prozent ist ein Abbau an Leistung und Know-how», sagte sie. An die Adresse des StV sagte sie: «Ich wünsche mir einen StV, der im politischen Chor wieder gehört wird. Ich wünsche mir Verbindungsstudenten, die über die allgemeine Hochschul- und Bildungspolitik hinaus ihre Stimme erheben.»

bw/es